Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 136 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 7. April

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,50 ₰. Rabatt nach Tarif. Ertüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der deutsch-französische Notenwechsel

Berlin, 6. April.

Der französische Ministerpräsident hat in der Nacht vom Montag auf Dienstag in Paris eine Note übergeben lassen, in der es heißt:

„In meinem Schreiben vom 2. April hatte ich Sie gebeten, bei Ihrer Regierung darauf zu bringen, daß die deutschen Truppen, die unrechtmäßigerweise in die durch den Artikel 42 festgesetzte neutrale Zone eingedrungen sind, unverzüglich zurückgezogen würden. Da bisher die Antwort auf dieses Ersuchen ausgeblieben ist, bringe ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber der Rheinarmee den Befehl erhalten hat, die Städte Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. Diese Besetzung wird aufhören, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben werden."

Dieser Mitteilung ist der Vormarsch französischer Truppen vorangeeilt. Sie haben heute nacht Frankfurt und Darmstadt besetzt und sind im Begriff, die übrigen Städte zu besetzen. Die deutsche Regierung hat bis jetzt alles getan, um dieses unerhörte, weder mit dem Sinne des Friedensvertrags im Einklang stehende noch in dieser Ausdehnung mit der Geringfügigkeit unserer Ruhraktion in Einklang zu bringende Vorgehen zu verhindern.

Bedingte Genehmigung

Am 28. März teilte die französische Regierung mit, daß sie ihre Genehmigung für einen Truppenmarsch in das Ruhrgebiet nur geben könne, wenn die fünf deutschen Städte von ihr besetzt werden dürften, wobei die Lokalverwaltungen bestehen bleiben und vor allem die Militärbehörden ersucht werden sollten, in Darmstadt den normalen Funktionen der hessischen Regierungsgewalt kein Hindernis in den Weg zu legen.

Die deutsche Regierung konnte auf dieses, durch kein sachliches Moment begründetes Ansinnen nicht eingehen und machte den Gegenvorschlag, daß den Franzosen die Besetzung erlaubt werden sollte, wenn die Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückgezogen seien. Herr Jadologne, mit dem die Verhandlungen geführt wurden, erklärte sich telephonisch damit einverstanden und bestätigte dieses Telephongespräch durch folgendes Schreiben:

„Bestätigung eines telephonischen Gesprächs vom 29. März, 8 Uhr abends. Wenn die deutsche Regierung auf ihrer Forderung, Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, besteht, so wäre Herr Millerand geneigt, dem zuzustimmen unter der Bedingung, daß die fraglichen Truppen innerhalb einer Frist von zwei oder drei Wochen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden."

Der Einmarsch unnötig

Am 30. März machte die französische Regierung ihre Erlaubnis für den Einmarsch mit einem Male vom Nachweis der absoluten Notwendigkeit abhängig und erklärte ihrerseits den Einmarsch für unnötig und gefährlich. Da inzwischen die Mitteilungen über das Bandenunwesen im Ruhrgebiet sich häuften und von allen Seiten und allen Parteien die Notschreie kamen, war an eine weitere Verschiebung des Einmarsches nicht mehr zu denken.

Die deutsche Regierung ließ daher am 2. April in Paris die Note übergeben, die auch den Geschäftsträgern in den anderen alliierten Ländern zur Uebermittelung an die betreffende Regierung übersandt wurde, wie überhaupt während der ganzen Zeit sowohl in den alliierten Hauptstädten wie auch hier an die fremden Geschäftsträger die genauesten Informationen über den Fortgang der Ruhrangelegenheit gegeben wurden.

Der deutsche Einspruch

Am 2. April abends erneuerte die französische Regierung in Beantwortung der deutschen Note ihre Forderung nach Besetzung der deutschen Städte und sofortiger Zurückziehung der im Ruhrgebiet einmarschierten Truppen.

Es hieß in der Note:

„Die ernsten Nachrichten, die über den Ausbruch blutiger Kämpfe im rheinisch-westfälischen Gebiet Mitte März hier vorlagen, haben die deutsche Regierung bereits damals veranlaßt, die alliierten Regierungen um ihre Zustimmung zur vorübergehenden Entsendung beschränkter Truppenmengen in das bedrohte, innerhalb der 50-Kilometer-Zone liegende Gebiet unter gleichzeitigem Anerbieten von Garantien für die rechtzeitige Herausziehung dieser Streitkräfte zu bitten. Von seiten der französischen Regierung ist darauf erwidert worden, daß sie ihrerseits dem deutschen Wunsche nur entsprechen könne, wenn alliierte Truppen die Städte Frankfurt am Main, Hanau, Homburg, Dieburg und Darmstadt solange und in gleicher Stärke besetzen dürften, als deutsche Truppen über das bisher zugelassene Maß sich im Ruhrgebiet befinden. Die deutsche Regierung hat sich unter Zurücksetzung der schweren Bedenken, die einer weiteren Besetzung deutscher Landesteile entgegenstehen, bereit erklärt, einem Einrücken alliierter Truppen in die bezeichneten Orte für den Fall zuzustimmen, daß die über das bereits bisher vereinbarte Maß im Ruhrgebiet befindlichen deutschen Truppen das 50-Kilometer-Gebiet innerhalb einer bestimmten von den Alliierten noch festzusetzenden Frist nicht verlassen hätten.

Aus den Verhandlungen, die darüber von den deutschen Vertretern mit den Alliierten geführt worden sind, ging hervor, daß die alliierten Regierungen sich mit diesem Vorschlage grundsätzlich einverstanden erklärten. Nicht nur die britische Regierung, sondern auch der französische Ministerpräsident hatten den deutschen Vertretern entsprechende Erklärungen abgegeben, so daß die deutsche Regierung hoffen konnte, binnen kürzester Zeit auch die zur Herstellung eines Einverständnisses nötigen Formalitäten festzusetzen. Neuerdings hat es dann die französische Regierung noch als notwendig bezeichnet, den Nachweis dafür zu erhalten, daß in der Tat ohne Einrücken von Truppen die Ruhe in der 50-Kilometer-Zone nicht aufrechtzuerhalten sei.

Nach den im höchsten Grade beunruhigenden Nachrichten, die seitdem unablässig der deutschen Regierung zugegangen sind und noch zugehen, läßt sich leider nicht mehr daran zweifeln, daß die alsbaldige Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung ohne vorübergehendes Eingreifen militärischer Kräfte unmöglich ist. Die Lage hat sich, wie die stündlich eintreffenden dringendsten Hilferufe beweisen, in einer Weise zugespitzt, daß heute nicht nur das Wohl und Wehe der Bewohner jener Landesteile aufs Spiel gesetzt sind, sondern der Bestand des ganzen Wirtschaftslebens in Deutschland schwer bedroht ist. Kommunisten und Mob haben das gesamte öffentliche Leben unter maßlosem Terror gehalten, wahllos Plünderungen vorgenommen, die Tätigkeit der Stadtorgane lahmgelegt und Leben und Sicherheit bedroht. Die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß es zum Stillstand der industriellen Erzeugung, insbesondere der Kohlenförderung und der Hochöfenbetriebe, und zur Stillegung des Eisenbahnverkehrs kommen muß. Damit wäre die Aufrechterhaltung des gewerblichen Lebens und die geordnete Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht nur im Gebiet der Unruhen, sondern in ganz Deutschland gefährdet. Eine Leitung, durch die die Dinge einigermaßen in geregelte Bahnen hätten geführt werden können, besteht nicht mehr. Zwar haben sich die neugebildeten Kollegs- und Zentralräte zu Abmachungen verstanden, die den Abbruch des Generalstreiks und die Herstellung der Ruhe und Ordnung bezwecken. Diese Abmachungen sind aber tatsächlich wertlos, weil die auf aufständischer Seite Beteiligten, die sie geschlossen haben, nicht mehr die Macht haben, um sie durchzuführen.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Vertreter in eingehenden Ausführungen den alliierten Regierungen von diesem Stande der Dinge Kenntnis gegeben und glaubt, namentlich durch die Mitteilungen, die sie auf Grund ihrer neuesten Feststellungen gemacht hat, den Nachweis erbracht zu haben, daß eine systematische Herstellung der Ordnung durch die Truppen um keine Stunde mehr verzögert werden darf. Die deutsche Regierung ist für Leben und Freiheit ihrer in den bedrohten Bezirken befindlichen Volksgenossen verantwortlich und darf sie nicht im Stiche lassen. Sie hat daher geglaubt, die formelle Zustimmung der alliierten Regierungen zu dem Einmarsche deutscher Reichswehrtruppen in die bezeichnete Zone nicht mehr abwarten und den Vormarsch der Truppen nicht weiter aufhalten zu dürfen. Es handelt sich dabei nicht um ein Vorgehen gegen die arbeitende Bevölkerung, deren Vertreter vielmehr selbst dringend um Hilfe gebeten haben, sondern nur um die Bekämpfung anarchistischer Elemente. Die Leitung des Unternehmens ist dem Reichskommissar Severing übertragen worden. Die deutsche Regierung zweifelt nicht daran, daß die alliierten Regierungen unter diesen Umständen unter Berücksichtigung der deutschen Notlage ihre Zustimmung erteilen werden, um die sie hiermit bittet. Sie wiederholt in eindringendster Weise ihr schon früher gemachtes Anerbieten, jede denkbare Garantie dafür zu geben, daß die Truppen unverzüglich nach Wiederherstellung der Ordnung zurückgezogen werden. Insbesondere würde sie auch bereit sein, der Entsendung einer interalliierten Kommission zuzustimmen, die sich an Ort und Stelle davon überzeugen könnte, bis wann die Gegenwart der deutschen Truppen durch die Verhältnisse gerechtfertigt ist, und der in jeder Beziehung Erleichterungen zur Feststellung der Tatsachen gewährt werden würden. Die deutsche Regierung hofft, daß sich die alliierten Regierungen der Erkenntnis nicht verschließen werden, daß Deutschland sich in einer Lage befindet, die gebieterisch ein Einschreiten in dem ihrer Verantwortung unterliegenden Gebiet erfordert, und in der jede Stunde des Zögerns unendliches Unheil nach sich ziehen würde. Zugleich glaubt sie aber auch dem Geiste des Friedensvertrags nicht entgegenzuhandeln, dessen hier in Frage kommenden Bestimmungen ausgesprochenermaßen der Sicherung des Weltfriedens dienen und einer zweifellos von jeder aggressiven Tendenz weit entfernten vorübergehenden Schutzmaßnahme ihrem Sinne nach nicht entgegenstehen dürften. Die deutsche Regierung hat nach wie vor den festen Willen, ihren Verpflichtungen sofort nachzukommen. Gerade hierfür bedarf sie aber der schleunigen Wiederherstellung der staatlichen Autorität in dem Gebiet, dessen Ruhe und Ordnung die grundsätzliche Voraussetzung für die Durchführung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages bildet."

Am 4. April führte die deutsche Regierung den Nachweis, daß die in der 50-Kilometer-Zone befindlichen Truppen in der Kopfzahl den laut Abkommen vom 6. August festgestellten Umfang nicht übersteigen.

Am 6. April vormittags erfolgte in Paris die Ueberreichung der französischen Note, die eingangs wiedergegeben ist.

Wie sich die übrigen alliierten Regierungen zu dem inzwischen erfolgten Einmarsch stellen, ist zurzeit noch unbekannt, da der deutschen Regierung lediglich eine französische Note zugegangen ist. Die Reichsregierung wird sich mit jeder Entschiedenheit gegen das Vorgehen verwahren, das jede Möglichkeit, zwischen Frankreich und Deutschland den modus vivendi zu schaffen, aussichtslos machen und nur aufs neue die Kräfte in Deutschland stärken muß, die von einer Erfüllung des Friedensvertrages nichts wissen wollen. Es ist vor allem aussichtslos, die Arbeitsfähigkeit in Deutschland, die die einzige Grundlage für eine Vertragserfüllung bilden kann, heben zu wollen, wenn derartige brutale Eingriffe in das deutsche Gefühls- und Wirtschaftsleben vorgenommen werden, als welcher sich der französische Einmarsch darstellt. Wir hoffen, daß der schnelle und glatte Fortgang der Ruhraktion die Leidenszeit der besetzten Städte nach Möglichkeit abkürzen wird. Aber es darf kein Zweifel daran gelassen werden, daß dieses, durch keine sachliche Notwendigkeit begründete, ja den eigenen Interessen zuwiderlaufende französische Vorgehen die Republik aufs neue in Gefahr bringt und uns wiederum um Monate in der Aufrichtung geordneter Verhältnisse zurückbringt.

Neueste Tagesnachrichten

* Das Reichskabinett hat in einer Sitzung die durch das französische Vorgehen geschaffene Lage eingehend besprochen.

* Der Verkehrsstreik in Hamburg ist seit Sonnabend abend beendet.

* Nach Meldungen aus Köln hat der Bochumer Arbeiterrat bei der Entente den Einmarsch französischer Truppen in das neutrale Gebiet gefordert.

* Präsident Deschanel traf gestern vormittag in Nizza ein.

„Es gibt keinen Bolschewismus!"

Das war in den rückliegenden Wochen der Refrain der Regierungserklärungen zur Entwicklung im Westen und in Mitteldeutschland. Diese Eisenstirnigkeit entsprang dem Bedürfnis, den Beifall der äußersten Linken zu finden oder doch mindestens nicht ihren Zorn zu erregen. Das Ergebnis dieser weitsichtigen und wirdevollen Taktik haben wir in den Tagen der Karwoche im Ruhrrevier, in Plauen und sonstwo gesehen. Um aber das Gesicht und die Panzerplatte vor der Stirn — manchem mag sie freilich nur als Brett, wenn auch von respektabler Dicke, erscheinen — zu wahren, wurde nun erklärt, es handle sich im Westen und in Thüringen und Sachsen überhaupt nicht mehr um eine politische Bewegung, sondern um kriminelle Erscheinungen. Aber die Leute von der Regierung haben mit dieser feinen, wiederum zugunsten des Radikalismus erfundenen Unterscheidung kein Glück. Der Radikalismus nämlich ist robuster, er denkt gar nicht daran, die ihm freundlichst zur Verfügung gestellte Rückzugslinie aus dem Gebiet der Kriminalität zu benutzen. Beweis: ein Aufruf in der „Roten Fahne" vom Ostersonntag, Aufruf zum Generalstreik zur „Rettung des Ruhrreviers". Tollste Hetze gegen die „weißgardistischen Bluthunde", und dann weiter:

> Aber nicht gilt es zu warten, bis die Gewerkschaftsbureaukratie, die diesen Verrat der Regierung durch den vorzeitigen Abbruch des Streiks erst ermöglichte, Euch zum Kampf aufruft
>
> Selbst müßt Ihr aufstehen, selbst müßt Ihr handeln, ohne Verzug, mit voller Wucht, geführt von Euren Arbeiterräten!
>
> Arbeiter, Genossen!
>
> Aufs neue erhebt Euch wie ein Mann!
>
> Aufs neue entfesselt den Generalstreik!
>
> Es gilt dem
>
> Ruhrrevier zur Hilfe
>
> zu eilen, es gilt Sachsen und Thüringen zu schützen, es gilt Euch selbst zur Wehr zu setzen gegen die weißgardistische Soldateska, die aufs neue frech ihr Haupt erhebt. Es gilt, den neuen Bund zwischen der Ebert-Republik und der konterrevolutionären Soldateska durch einen wuchtigen Faustschlag zu zerschmettern.
>
> Ohne Verzug erhebt Euch, geführt von den Arbeiterräten mit den Rufen:
>
> Hände weg vom Ruhrrevier!
>
> Sofortige Rückziehung, Entwaffnung und Auflösung aller Reichswehrtruppen, die gegen Arbeiter gekämpft haben und kämpfen!
>
> Verhaftung und Vogelfrei-Erklärung aller ihrer Offiziere und ihrer Helfershelfer in den militärischen Zentralstellen!
>
> Sofortige Bewaffnung der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Niederkämpfung der konterrevolutionären Soldateska!
>
> Heraus aus den Betrieben, erhebt Euch zu neuem Kampf!

Die Forderung auf Vogelfrei-Erklärung aller Offiziere usw. ist besonders lieblich. Sie zeigt die ganze Vertiertheit dieser versehentlich Menschenantlitz tragenden Subjekte. Das politisch Bedeutsame aber ist doch, daß sich hier die Kommunistische Partei (Spartakusbund) mit der angeblich nur noch kriminellen Bewegung identifiziert. Sie lehnt mit kühler Verachtung ab, sich von den Ereignissen im Westen und in Thüringen und Sachsen zu distanzieren; sie tritt voll für sie ein und durchlöchert damit das offizielle Vertuschungssystem, das immer noch kein Ende finden kann. Wenn das kein Bolschewismus ist, wenn gegenüber dieser Eindeutigkeit offiziös und offiziell immer noch mit schlotternden Knien versichert wird: es gibt keinen Bolschewismus in Deutschland, dann wünschen wir den Herrschaften, die solche Weisheit produzieren, für die nächsten Monate innerdeutscher Entwicklung viel Glück auf den Weg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004071-19/fragment/page=0001

Das Faustpfand

Mainz, 6. April.

Eine Bekanntmachung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen, General Degoutte, besagt, daß die Städte Frankfurt a. M., Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg durch französische Truppen besetzt werden. In den neubesetzten Gebieten ist der Belagerungszustand proklamiert.

Mainz, 6. April.

Eine Verlautbarung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen an die Bevölkerung besagt:

Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets angeordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlaufe der bis heute währenden Verhandlungen hat die französische Regierung sich bemüht, die deutsche Regierung von diesem militärischen Vorgehen, das mit einiger Vorsicht hätte vermieden werden können, abzuhalten. Nichtsdestoweniger sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Pfand zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterschrift nachkommt. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt am Main, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg sofort zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitsame Bevölkerung dieses Gebietes bedeutet. Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrages zu sichern, und wird aufhören, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben.

Wiesbaden, 6. April.

Gestern abend gegen 9 Uhr setzten sich die französischen Truppen bei Biebrich und gestern abend bei Wiesbaden in Marsch, um Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen. Die Reichswehr wird augenblicklich von Frankfurt a. M. abtransportiert. In den neu besetzten Städten, sowie in den Bezirken Wiesbaden-Stadt und -Land (außer Biebrich), Königstein, Langenschwalbach, Höchst und bei Großgerau wurde der Belagerungszustand von den Franzosen verhängt und die gesamte Verwaltung unter die Kontrolle der Delegierten der Hohen Rheinlandkommission in der Form gestellt, wie es während des Waffenstillstandes üblich war. Zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr früh dürfen keine Versammlungen stattfinden. Der Verkehr, der bisher unbehindert war, steht unter militärischer Kontrolle. Es erscheinen keine Zeitungen.

Frankreichs Vorgehen und Reichskabinett

(Von unserem ht-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 6. April.

Heute vormittag 11 Uhr trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der die durch das französische Vorgehen geschaffene Lage eingehend besprochen wurde. In der Kabinettssitzung kam die einmütige Verurteilung der französischen Haltung zum Ausdruck. Die Reichsregierung beschloß, bei der französischen Regierung scharfen Protest zu erheben gegen die willkürliche Besetzung weiterer deutscher Städte und Gebiete. Die deutsche Protestnote soll so schnell wie möglich, wahrscheinlich schon im Laufe des morgigen Tages, der französischen Regierung übersandt werden. Die Kabinettssitzung dauerte den ganzen Vormittag über und endete erst gegen 2 Uhr nachmittags.

Ein Rundschreiben Millerands

Amsterdam, 6. April.

Aus Paris wird gemeldet: Millerand hat an alle Vertreter Frankreichs im Auslande ein Rundschreiben gerichtet, in dem er den fremden Agierungen über die Haltung Deutschlands Mitteilung macht. Das Rundschreiben erklärt, daß es sich nicht um einen deutschfeindlichen Ueberfall handle. Wie der Premierminister in der Kammer erklärte, wünscht er, daß es für Frankreich möglich sein werde, mit Deutschland wieder ein Einverständnis zu erreichen und alle ernstlichen Bemühungen zu diesem Zweck würden bei der französischen Regierung eine günstige Aufnahme finden. Er kennt die Schwierigkeiten, die die Berliner Regierung zu überwältigen hat und verhehlt nicht, diese zu berücksichtigen. Doch die deutsche Regierung hat, so erklärt Millerand, dem Druck der Militärpartei nachgegeben und wagt die heiligsten Bedingungen des Versailler Vertrages zu verletzen.

Die Kommunisten verlangen den Einmarsch

Köln, 6. April.

In einer Massenversammlung der christlichen Arbeiter- und Angestelltenschaft in Bochum charakterisierte ein Arbeitersekretär das Münstersche Abkommen als eine große Kongession der Regierung an den Linksradikalismus. Es hätte nicht den Abbruch des Kampfes, sondern nur eine Atempause gebracht. — Stürmischen Protest rief eine Mitteilung des Arbeitersekretärs Häuschen hervor, nach der in einer im Ultimatum Watters folgenden Sitzung des Bochumer Arbeiterrates der Kommunist Kaempferer die Absendung eines Telegramms an die Ententemächte beantragt habe, in welchem der Einmarsch der Ententetruppen in unser Gebiet gefordert wurde.

Nach den Erklärungen des Kommunisten Kutz in Bochum sei der Essener Zentralrat mit der Entente dieserhalb schon in Unterhandlungen getreten.

Die Plünderungen in Essen

Essen (Ruhr), 6. April.

In den letzten Tagen war der Telephonverkehr meist überall gesperrt. Außerdem streiken die Eisenbahner. Essen war schon vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Da diese Verhältnisse heute teilweise andauern, ist es unmöglich, ein genaues Bild über die Lage des Industriegebietes zu geben. Tatsache ist, daß seit Tagen im Nordwesten und Norden Essens gekämpft wird. Die große Zweigerbrücke bei Altenessen ist teilweise gesprengt worden. Gestern nachmittag und nacht zogen sich Teile der roten Armee nach Essen und darüber hinaus zurück und vernichteten die Maschinengewehre und Gewehre mittels Handgranaten. Der Rückzug hält auch heute an. Straßenbahnen mit roten Truppenteilen fahren in Richtung nach Süden. Am Karfreitag morgen trafen entsprechend den Münsterschen bezw. Bielefelder Vereinbarungen Formationen der roten Truppen ein und lieferten auf dem Polizeipräsidium die Waffen ab. Als aber das Vorrücken der Regierungstruppen bekannt wurde, entglitt den Arbeiterführern völlig die Leitung der Masse. Die zurückflutenden Frontsoldaten zwangen den hiesigen Vollzugsrat und den Zentralrat, ihnen Requisitionsscheine auszustellen. Auch fertigten sie sich selbst solche Scheine an, durch welche sie den großen Geschäften Anzüge und Schuhe entnahmen. Es kam zu regelrechten Plünderungen. In manchen Gegenden wurde Laden für Laden ausgeraubt. Die zu Hilfe gerufene Sicherheitswehr konnte in einzelnen Fällen die Bestände retten. Später bildeten sich Banden von fünf bis zehn Mann, die nachts in Villen und Häuser eindrangen und mit vorgehaltenem Revolver Geld, Wertsachen, Kleidung, Wäsche usw. erpreßten. Die Ueberfallenen waren umsonst wehrlos, als sie wegen der Telephonsperre Hilfe nicht herbeirufen konnten. Die neugebildete Arbeiterwehr ging scharf gegen Plünderer vor, die sofort erschossen wurden. Der Streik der Eisenbahner, der sich gegen die willkürlichen Eingriffe in den Eisenbahnverkehr und die Lebensmittellieferung wendete, ist für den allergrößten Teil des Direktionsbezirkes aufgehoben und besteht nur noch für den engeren Verkehr in Essen. In Duisburg, das am Sonntag von Regierungstruppen besetzt wurde, kam es beim Rathaus und auf dem Sonnenwall zu Kämpfen. Verschiedene Zivilisten wurden getötet. Die Stadtverwaltung ist wieder von Ruhrort nach Duisburg übergesiedelt. Auch in Duisburg ist viel geplündert worden. In Mülheim und Gelsenkirchen sind gestern Regierungstruppen kampflos eingezogen. Seit Montag erfolgt der Einmarsch in Essen. Zurzeit ist hier alles ruhig. Bei der Firma Krupp und in den Bergwerken wird gearbeitet.

In Bochum ist alles ruhig. Es wird gearbeitet. Truppen sind gestern über Bottrop nach Essen gekommen und in die Stadt eingezogen. In Essen herrscht jetzt auch Ruhe. Die Waffenabgabe ist überall in vollem Gange. Die Truppen werden auf Grund des Bielefelder Abkommens nach einem anderen Prinzip umgestaltet. Die roten Truppen ziehen sich in Richtung auf Barmen zurück, wo sie sich anscheinend sammeln. Auch die Hälfte des Zentralrates ist nach Barmen gegangen, nachdem er in Essen erklärt hat, daß er die Massen nicht mehr in der Hand habe. Die andere Hälfte des Zentralrates soll nach Holland geflohen sein.

In Stadt und Bezirk Iserlohn ist alles ruhig. Bisher sind gegen 200 Waffen abgegeben worden. Die Waffenabgabe vollzieht sich weiter in aller Ruhe. Auf die Nachricht, daß Militär in Schwerte sei, wurde der Vollzugsausschuß abgesetzt und ein Ordnungsausschuß aus den Koalitionsparteien und Unabhängigen gebildet. Vorläufig versehen noch 30 Arbeiter den Sicherheitsdienst. Eine Wehr auf paritätischer Grundlage wird vorbereitet.

In Elberfeld ist alles ruhig. Die Stadt ist mit Lebensmitteln für mehrere Wochen gedeckt. Der Aktionsausschuß, der aus Mehrheitssozialisten und Kommunisten besteht, hat gestern eine Aufforderung gegen den Generalstreik erlassen.

Die Reichswehr in Dortmund

Dortmund, 6. April.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verschwanden der Vollzugsrat und der Arbeiterrat. Gestern vormittag rückten kleine Trupps der Reichswehr in Dortmund ein. Heute vormittag sollen größere Trupps folgen. Der Beamten- und Generalstreik ist aufgehoben.

„Präsident" Hölz

Plauen i. V., 6. April

Der Vollzugsrat der Arbeiterräte des Industriebezirks Chemnitz und die Aktionsausschüsse des Vogtlandes haben, wie sie in einer Bekanntmachung, die auch die Unterschrift von Max Hölz trägt, erklären, im Einverständnis mit der sächsischen Regierung Verhandlungen eingeleitet, um ohne Anwendung von Waffengewalt eine Verständigung herbeizuführen. Die Verhandlungen sollen in einer Konferenz am Mittwoch, den 7. April, in Plauen zu Ende geführt werden. Bis zum Schlusse der Verhandlungen, an denen nach der Bekanntmachung auch ein Regierungskommissar teilnehmen wird, sollen von keiner Seite irgendwelche Aktionen unternommen werden. Die Ablieferung der Waffen wird durch das Abkommen nicht unterbrochen. Weiter heißt es in der Bekanntmachung, daß die auf die Ergreifung von Hölz ausgesetzte Belohnung von 30 000 Mark zurückgenommen werde; es werde also keine Verfolgung von Hölz stattfinden. Hölz garantiere diese Abmachung.

Demgegenüber stellt Hölz in einer weiteren Bekanntmachung fest, daß er den Aufruf nicht mit seinem Namen unterzeichnet habe. Es handle sich um eine grobe Urkundenfälschung. Der Aufruf sei nur verfaßt, um die Bevölkerung irrezuführen. Es sei eine Lüge, daß die auf seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung von 30 000 Mark zurückgezogen worden sei; die Regierung habe bisher seine Verfolgung nicht eingestellt.

In einer Bekanntmachung verbittet sich Hölz die Anrede „Herr Präsident", die vielfach in Zuschriften an ihn benutzt werde.

*

In Plauen ist die Lage noch unverändert ungeklärt. Für heute nachmittag wird Hölz an einer Versammlung erwartet. Die bewaffnete Anhängerschaft Hölz' beträgt etwa 500 Mann. Von Zeit zu Zeit kommen sie nach Plauen und versuchen zu plündern und zu erpressen. Die notwendigen Maßnahmen sind, wie die Pressestelle der Reichsregierung mitteilt, im Gange. Die Entscheidung wird im sächsischen Kabinett heute nachmittag fallen.

Sofortige Aufstellung der Wählerlisten

Berlin, 6. April

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisung an die Gemeindebehörden gebeten, alle Vorkehrungen zur sofortigen Aufstellung der Wählerlisten zu treffen, so daß die Wählerlisten bis Ende Mai fertiggestellt sind.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

6) Von Max Treu-Halle.

Da kamen wir aber schön an. Wir hatten kaum fünf Worte gesprochen, als er uns schon mit dem Kriegsgeschrei dazwischen fuhr: „Nix deitsch! Gor nix deitsch!"

Wir wußten aber von Frohder ganz genau, daß der Polack mit unserm Ischariotth — so wird Frohder hier nur noch genannt — beständig Deutsch und recht gut Deutsch gesprochen hatte. Jetzt mit einem Male war ihm die Sprache unbekannt!

Da alles Parlamentieren nichts half und der verstockte Polack uns beharrlich sein „Nix deitsch!" entgegensetzte, so mußten wir, um die Sache überhaupt zu Ende bringen zu können, schließlich wohl oder übel Polnisch sprechen. Dem Ortsvorsteher, der diese Sprache vollständig beherrscht, wurde das nicht schwer; ich aber mit meinen drei bis vier polnischen Brocken saß traurig dabei wie ein Hesenkuchen, der nicht aufgehen will, und mußte mir von Reiner alles verdolmetschen lassen.

Daß ich es ohne Umschweife sage: die Verhandlung war kurz, aber nicht erbaulich. Der Pole lehnte alle unsere Ratschläge ab. Die Schankwirtschaft habe ihm schon lange gefallen, sie sei eine reine Goldgrube für den Besitzer, und er denke gar nicht daran, sie wieder abzutreten.

Da hatten wir's. Aus eigener Vollmacht, da wir wußten, es werde der Gemeinde alles recht sein, wenn wir nur den Kerl fortbekommen könnten, erhöhten wir unser Preisangebot und versprachen dem listig schmunzelnden Polen sogar, ihm irgendwo außerhalb der Grenzpfähle unseres Dorfes eine andere Wirtschaft zu verschaffen: alles vergeblich. Er lachte uns aus. Hier gefiele es ihm, und hier bleibe er: er habe gar kein Verlangen, mit seiner starken Familie schon wieder einen Umzug, vielleicht viele Meilen weit, vorzunehmen.

Dieser Halsstarrigkeit gegenüber war nichts zu machen, und unverrichteter Dinge mußten wir abziehen. In erneuter Gemeindeversammlung wurde nun der Pole in des Dorfes Acht und Aberacht erklärt, und alle Gemeindemitglieder sollten verpflichtet werden, sein Haus niemals zu betreten und jeden Verkehr mit ihm zu vermeiden, soweit nicht allgemeine Menschenpflicht einen solchen gebiete oder notwendig mache.

Wir verhehlten uns aber nicht, daß das kein Mittel sein werde, den Polen aus seinem Neste zu vertreiben. Denn den Hauptverkehr in der Schänke bilden ja nicht die Bauern unseres Ortes, sondern die durchfahrenden Fuhrleute, und die halten nach wie vor dort an, und uns fehlt alle Macht, ihnen das zu verbieten. Radnicki aber fing schon vom ersten Tage seines Hierseins an, polnische Wirtschaft zu treiben. Seine Kinder laufen schmutzig und ungewaschen herum, in den Viehställen soll es aussehen wie in denen des alten Augias, und er selber hilft seinen Gästen den Branntwein trinken, den er im Keller liegen hat. Den Branntwein!

Der Kaspar Frohder durfte keinen führen; das war ihm von der Gemeinde zur Pflicht gemacht, und dieses Versprechen hatte er auch treulich gehalten. Denn man kennt hier die bodenlose Unmäßigkeit der polnischen und ruthenischen Fuhrleute, sobald sie dem Branntwein gegenüberstehen; man weiß, daß dann des Streitens kein Ende wird, daß alle Wände widerhallen von wüstem Geschrei und Gelärm, und daß die Messer gar lose in der Tasche sitzen, wenn der Branntweinteufel in die Männer gefahren ist. Zu einer Saufs-, Prügel- und Messerstechbude aber hatte unser Gemeindehaus nicht werden sollen, und so hatte man dem Kaspar seiner Zeit die Auflage gemacht, von geistigen Getränken nur leichten Landwein, wie man ihn hier baut, und leichtes selbstgebrautes Bier zu verschänken, aber keinen Branntwein. Und wie gesagt, das hatte der Kaspar, der selbst auf Ordnung in der Wirtschaft hielt und Sauferei und Streiterei nicht leiden mochte, unverbrüchlich gehalten.

Aber jetzt! Das Bierbrauen macht natürlich Arbeit, und zum Arbeiten hat der Polack keine Lust; von auswärts aber kann er das Bier nicht beziehen, weil es den Transport nicht verträgt, und in dem weinreichen Lande Ungarn auch nur schwer welches zu bekommen ist. Dann weiß aber der alte Schlauberger auch ganz genau, daß seine Gäste den „Wuttiki" allem Bier und Wein vorziehen, daß daran mehr zu verdienen ist als am Bier, und so verschänkte er dann den elendesten Fusel, und dessen Wirkungen haben wir in Geschrei und Gelärm und Getuns jeden Tag vor uns.

Pfarrer Mathias hat dem Polen gütlich zugeredet. Er, Radnicki, solle das Branntweinschänken sein lassen; es wäre Menschen- und Seelenverderb; er, der Pfarrer, wolle dann dafür sorgen, daß ein anderer Bauer im Ort ein leichtes Bier herstelle, wie es Frohder gehabt, und welches dem Radnicki zu billigem Preise überlassen werden solle. Der Pole aber hat gelacht, wie er es immer tut zum Zeichen, daß alles Reden ihm gegenüber vergeblich ist, und hat gesagt, seine Gäste tränken nun mal den Wuttiki lieber als das dünne Bier, und sie freuten sich, daß jetzt endlich ein Wirt hier wäre, der ihnen den geliebten Trank credenze und nicht sauer dareinsehe wie der Kaspar, wenn Branntwein verlangt werde. Da ist der Pfarrer zornig geworden, hat, wie er es in Eifer und Zorn tut, wuchtig mit der Hand auf den Tisch geschlagen und gerufen: „Ihr seid ein Gauner und ein Seelenverderber!"

Auf polnisch natürlich hat er das gesagt. Aber gewirkt hat's ebensowenig, wie wenn er es auf deutsch gesagt hätte. Der Polack hat wieder gelacht und gemeint, der Herr Pfarrer sei ja gewiß ein braver Mann, aber vom Wirtschaftsführen verstände er nichts, denn sonst müßte er wissen, daß jeder rechtschaffene Wirt seinen Gästen gebe, was diese wünschen, und was ihnen schmeckt.

Damit war die Unterredung zu Ende, und der Pfarrer gestand mir vertraulich, daß er bei den letzten Worten des Polacken diesem ganz, ganz im stillen auch drei vermummte Gestalten mit schlanken Haselgerten gewünscht habe, wie sie vor kurzem dem Kaspar am hellen lichten Tage erschienen seien.

Bis jetzt aber sind sie dem Polen noch nicht erschienen.

Nun hat man den Beschluß gefaßt, eine zweite Wirtschaft im Dorfe aufzumachen, um den Polen vielleicht durch eine ernsthafte Konkurrenz zu verjagen. Der Bauer Martin Pelz hat sich nach vielem Parlamentieren und Zureden endlich zur Uebernahme bereit erklärt. Gestern hat er sie eröffnet, und ein großes Schild verkündet in deutscher, polnischer und ungarischer Sprache, daß hier die durchfahrenden Fuhrleute Obdach für sich und ihre Rosse und einen guten Trunk Wein und Bier sowie den dazugehörigen Imbiß erhalten könnten.

Wer wird nun der Sieger sein?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004071-19/fragment/page=0002

Regierung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Die sächsische Regierung kapituliert vor den Arbeiterräten

Berlin, 3. April.

Der Telegraphen-Union wird aus Chemnitz gemeldet: In einer Vollversammlung der Betriebsräte erstattete der Kommunist Gubisch Bericht über die Verhandlungen der Chemnitzer Abordnung mit der Regierung in Dresden. Ministerpräsident Gradnauer hat danach auf die Forderung einer Amnestie erklärt, daß die in Haft genommenen Personen selbst ein Gnadengesuch einreichen oder seitens der Parteien aller in Betracht kommenden Personen dem Justizminister eingereicht werden solle. Das Treiben des Abenteurers Hölz wurde von den Mitgliedern der Abordnung keineswegs gebilligt. Die Regierung machte den Vorschlag, Hölz durch Vermittlung der Parteien zu bewegen, daß er sich freiwillig stellte. Der Ministerpräsident sagte hierbei die Zusage, vorderhand keine Truppen nach dem Vogtlande abgehen zu lassen, infolgedessen könne Chemnitz als Stützpunkt einer militärischen Operation nicht in Frage kommen. Die Entwaffnung der Reichswehr und der Zeitfreiwilligen ist nach Ansicht des Ministerpräsidenten Angelegenheit der Reichsregierung. Die Reichswehr soll durch besonnene Elemente aus der Arbeiterschaft ergänzt, und in die Einwohnerwehren sollen wirklich zuverlässige und brauchbare Leute aus der Arbeiterschaft aufgenommen werden. Ministerpräsident Gradnauer erklärte weiterhin, daß der Erlaß des Ministers Heldt über die Waffenabgabe über das Ziel hinausgeschossen und falsch verstanden worden sei. Die Kontrolle bei der Waffenabgabe soll den Arbeiterräten, die Führung Reichswehroffizieren übertragen werden. Weiter teilte der Ministerpräsident mit, daß wegen Umbildung der sächsischen Regierung Verhandlungen schweben; doch ist nach Ansicht des Ministerpräsidenten die weitere Mitarbeit der Demokraten in der Regierung wünschenswert.

In einer besonderen Konferenz mit dem Minister Heldt wurde vereinbart, daß der Chemnitzer Vollzugsrat mit dem Aktionsausschuß im Vogtland Fühlung nehmen soll, um dem Treiben des Hölz ein schnelles Ende zu bereiten. Truppenverschiebungen sollen zu diesem Zwecke nicht vorgenommen werden.

Die Versammlung der Betriebsräte nahm hierauf eine Entschließung an, in welcher die Aussetzung einer Prämie von 30 000 Mark auf Hölz aufs schärfste verurteilt und von der Regierung Vorkehrungen gefordert werden, die der Arbeiterschaft die Gewißheit geben, daß sie nicht erneut den Mörderbanden der Gegenrevolution ausgeliefert wird. Weiter wird die sofortige Beurlaubung aller Offiziere der Reichswehr, die gegen die Arbeiterschaft vorgegangen sind, die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und eine sofortige Regierungserklärung verlangt, wonach kein Arbeiter, der in dem Abwehrkampf gegen die Kapp-Rebellen gestanden hat, bestraft wird. Weiter verlangt die Entschließung die Bewaffnung der Arbeiterschaft unter Kontrolle der Arbeiterräte und erklärt, in dem Augenblick, wo die sächsische Regierung Reichswehrtruppen nach Chemnitz schickt, um die Bewegung im Vogtlande niederzuwerfen, mit den Mitteln des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes für das sächsische Vogtland einzutreten.

Gewerkschaft statt Partei

Die veraltete Weimarer Verfassung.

Was wird nun aus der deutschen Arbeiterbewegung? Mit dieser Frage befaßte sich in einem Vortrage der sozialdemokratischen Vereinigung „Aufbau und Werden" (im Herrenhause) der sozialdemokratische Professor Dr. Paul Lensch. Er begann mit der Feststellung, daß die jüngste Rettung der Demokratie und Republik nicht von der politischen Partei vollzogen worden sei — die vielmehr die Rolle des fünften Rades am Wagen gespielt habe —, sondern von den Gewerkschaften. Die Forderungen, die die Gewerkschaften daraufhin an die Regierung stellten (entscheidender Einfluß auf die Neugestaltung der Regierung), seien wahrhaft revolutionär, und es sei vollständig zuzugeben, daß diese Tatsache nicht mit der Verfassung von Weimar zusammenpasse. Die Gewerkschaften hätten in der Tat der Verfassung von Weimar ein Loch in den Leib geschossen. Aber schon Lassalle habe ja ganz offen erklärt, daß Verfassungsfragen lediglich Machtfragen seien. Die Macht, die einst vom organisierten Heere dargestellt war, hätten heute die organisierten Massen. Die Verfassung sei radikal bürgerlich-liberal, drücke dem einzelnen den Stimmzettel in die Hand, vernachlässige aber die Organisationen. So hätten sich denn die Gewerkschaften als neuer Faktor selber ins politische Leben eingeschaltet. Das Zentralblatt der Gewerkschaften habe recht, wenn es sage: „Ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendigen Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl." Der 18. März 1920, an dem die Gewerkschaften die Initiative ergriffen, sei ein geschichtlicher Tag. Heute stünden die Gewerkschaften an der Stelle der politischen Partei. Was werde nun aus der sozialdemokratischen Partei? Lensch findet, daß die sozialdemokratische Partei überflüssig und in Zersetzung begriffen sei. Mit dem 9. November 1918 sei ihre Aufgabe erfüllt. Jetzt sehe man den Zerfall auf allen Gebieten. Die Parteipresse, besonders der „Vorwärts", sei mangelhaft und verwahrlost. Die Organisation habe am 13. März völlig versagt. — Die Funktionäre säßen ja alle in Regierungsämtern. Die politische Partei verkörpere die Herrlichkeit, die Gewerkschaften stellten die Einheit der revolutionären Arbeiterklasse dar. So sei denn die sozialdemokratische Partei bereits schädlich. Der Aufmarsch der geschlossenen Gewerkschaftsbewegung sei die wichtigste Folge des 18. März. Ihr würden sich die Beamten- und Technikerverbände auch eher anschließen als der Partei. Die Gefahr, in kleinen Lohnforderungen sich zu erschöpfen, bestehe nicht mehr, die Gewerkschaften könnten nur eine großzügige Sozialisierungspolitik treiben. Lensch meint, daß Gewerkschaftspolitik, weil wirtschaftlich begründet, sachlicher sein könnte als eine Partei mit ihrem großen Agitationsbedürfnisse. — Die neue Stellung der Gewerkschaften wird diese selber auch verändern; sie werden mehr zu allgemeiner Produktionspolitik übergehen müssen; nicht mehr gegen das Unternehmen (wie im Privatkapitalismus), sondern mit dem Unternehmertum für die Produktion.

Wir möchten doch der Meinung sein, daß Lensch die Rolle der Gewerkschaften viel zu optimistisch beurteilt; sie sind tatsächlich in den Entwicklungen der jüngsten Zeit nicht so sehr die Träger einer, bestenfalls übrigens gänzlich einseitigen und höchst undemokratischen, berufsständischen Bewegung als vielmehr die Avantgarde eines politischen Radikalismus gewesen. Entscheidend für die ganze weitere Gestaltung unserer inneren Verhältnisse wird sein, ob das von den Führern erkannt und mit Erfolg zu redressieren versucht wird. Solange, bis man darüber klar sieht, erscheint uns die Begeisterung Lensch' nicht wohl am Platze. Vorläufig ist es alter Wein in neuen Schläuchen.

Erschütterungen des Wirtschaftslebens

In seiner „Wirtsch. Corr." schreibt der Sozialdemokrat Richard Calwer zu den Bedingungen, die den Arbeiterführern eingeräumt werden mußten, damit der Generalstreik aufgehoben wurde:

„Sie bergen eine solche Menge Konfliktstoff in sich, daß man heute schon bestimmt voraussagen kann, daß ihre Erfüllung zu schlimmen Erschütterungen der bereits im Verfall begriffenen deutschen Volkswirtschaft führen muß. Die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erhalten bestimmenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung, auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung; allerdings wird bemerkt, daß dieser Einfluß unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung sich geltend zu machen habe, aber damit sind jedenfalls die Rechte der Volksvertretung nicht nur in Frage gestellt, sondern der Weg ist frei gemacht für die politischen Arbeiterräte.

Nach Punkt 4 der Vereinbarung soll auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten eine Verwaltungsreform durchgeführt werden, was eben doch auch nichts anderes bedeutet, als daß auch in der Verwaltung der Einfluß der Arbeiterschaft dem Einfluß der Regierung gegenübergesetzt werden soll. Besonders kritisch scheint bei der Ausführung Punkt 6 zu werden, wonach die Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige sofort in Angriff genommen werden soll: es wird vor allem die Uebernahme des Kohlensyndikats und Kalisyndikats durch das Reich verlangt. Wie gesagt, die Ausführung dieser Bedingungen ist ohne neue ernstliche Konflikte nicht möglich; es gibt nicht nur sehr verschiedene Wege zu dem Ziele, sondern Differenzen bestehen auch über das Ziel selbst, das von den linksstehenden Arbeiterschichten viel weiter gesteckt wird als etwa von den parlamentarischen Vertretern der bürgerlichen Demokratie. Bei der gereizten Stimmung der Arbeiterschaft wird von der Waffe des Generalstreiks in Zukunft häufiger Gebrauch gemacht werden, nachdem man erfahren hat, daß mit ihr politische Erfolge verhältnismäßig leicht zu erreichen sind. Daß dadurch die wirtschaftliche Lage nur verschlimmert wird, das wird den radikalen Strömungen nur zugute kommen und ihre vorwärtstreibenden Kräfte stärken.

Man glaube nicht, daß man dem Gang der Entwicklung nun noch irgendwie ein Halt gebieten könnte. Dazu sind die Faktoren, die gegen die radikale Strömung sich wenden, viel zu schwach und schwächlich. Die Erschütterungen, die dem deutschen Wirtschaftsleben bevorstehen, werden schlimmer sein als die seit dem Umsturz bisher überstandenen. Man kann auch annehmen, daß während der nächsten zwei bis drei Jahre an eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gedacht werden kann, sondern daß der Verfall und die Zersetzung in der Hauptsache noch fortdauern werden. Die Konsequenzen der verkehrten wirtschaftspolitischen Anschauungen, die im deutschen Volke herrschen, müssen erst auf die Spitze getrieben werden, bevor wieder eine Gesundung möglich ist. Mit diesen Aussichten gilt es sich heute abzufinden."

Eine Fälschung

Die „Freiheit" will ein Dokument fertiggestellt haben, das die Begünstigung des Kappschen Unternehmens durch verantwortliche Stellen der Deutschnationalen Volkspartei" nachweisen soll. Sie sagt darüber:

„Wie berechtigt dieses Mißtrauen gegenüber den Beteuerungen dieser stinken Lügner ist, zeigt nun eine vierseitige Flugschrift, die den Kopf „Deutschnationale Volkspartei, Hauptgeschäftsstelle" trägt — eine Stelle, der Herr Hergt nicht sehr fern stehen dürfte — und das mit „Deutschnationale Volkspartei" unterzeichnet ist. Das Blatt wurde am 15. März in einer Berliner Druckerei hergestellt, konnte aber infolge des sofort einsetzenden Generalstreiks nicht gedruckt werden. Auf der ersten Seite des Blattes ist zunächst ein vieldeutiges Gestammel von verfassungsmäßigen Zuständen zu lesen, die durch die „neue Regierung" hoffentlich bald wieder hergestellt werden. Die Partei fordere ja ohnehin baldige Neuwahlen. „Bis zu dieser Entscheidung", heißt es dann weiter, „ist die Deutschnationale Volkspartei bereit, getreu ihrem bisherigen Verhalten, mitzuarbeiten (mit Kapp also), um in Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten."

Dann folgen Aeußerungen, die dazu bestimmt erscheinen können, für die „neue" Regierung Kapp Stimmung zu machen, wenn diese auch nicht direkt genannt wird.

Diese Enthüllung ist, wie zum Kummer aller Sozialisten und Demokraten festgestellt werden muß, eine Fälschung. Der oben wörtlich zitierte Satz über die Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei ist der Schlußsatz der in der Extraausgabe der „Deutschen Tageszeitung" vom 15. März veröffentlichten ersten Kundgebung der Partei. Diese Kundgebung aber ist erst am 14. März beraten worden; und ihre Fassung kann auch nicht vorausgeahnt worden sein, zumal gerade dieser wörtlich wiedergegebene Schlußsatz erst in der zwölften Mittagsstunde des 14. März in dem beratenden Parteigremium diese Fassung erhielt. Diese Kundgebung vom 14. März kann also unmöglich schon am 13. März in einer Druckerei vorgelegen haben. Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine nachträglich hergestellte Fälschung. Und die „Freiheit" wird sich wohl noch näher über ihr Dokument äußern müssen, wenn sie sich nicht dem dringenden Verdacht aussetzen will, der Fälschung einigermaßen nahe zu stehen! — Warum verschweigt sie zunächst schamhaft den Namen der Druckerei?? —

Zugleich sei bemerkt, daß das Wort „mitarbeiten" in der deutschnationalen Erklärung sich natürlich nicht auf die Kapp-Regierung bezieht, vielmehr ein ganz allgemeines, objektives Ziel ausdrückt. Das ist in einer Pressevesammlung ausdrücklich festgestellt worden; und dieser Sinn des Wortes wird noch zweifelsfrei erhärtet durch die Haltung der Partei gegenüber Parteimitgliedern, die in der Regierung Kapp „mitarbeiteten", wie durch die positive Mitarbeit, die die Partei in den bekannten Verständigungsverhandlungen geleistet hat.

Die Sklarz-Affäre

Haftbefehl gegen den Kaufmann J. Sklarz.

In der Sklarz-Affäre sind die Voruntersuchungen nunmehr (!) so weit vorgeschritten, daß sich das Anklagematerial gegen die Beteiligten übersehen läßt. Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts I hat nunmehr gegen einen der Brüder, den Kaufmann Jean Sklarz, dessen Aufenthalt zurzeit unbekannt (!) ist, Steckbrief erlassen und seine Verhaftung angeordnet.

Bekanntlich hatte Georg Sklarz für das Korps Lüttwitz eine Marketenderei begründet und lieferte außer Nahrungsmitteln auch Zigarren und Tabak an die Truppen. Einer seiner Brüder, der genannte J. Sklarz, erhielt einen der von Ebert und Scheidemann unterzeichneten Ausweise und sollte auf Grund dieser Bescheinigung bei den Fabriken größere Einkäufe machen. Sklarz kaufte auch tatsächlich größere Posten Ware, lieferte aber nicht an die Intendantur der Marketenderei ab, sondern verschob sie unter der Hand mit hohem Nutzen, da er von den Händlern die damals noch kontingentierten und schwer erhältlichen Zigarren und Zigaretten mit Aufschlag verkaufen konnte. Der Schwindel wurde dann entdeckt, als eines Tages ein Lieferant die Rechnung für einen großen Posten Tabak anstatt an J. Sklarz an den Zahlmeister der Intendantur, Briefmeister, sandte. Dieser stellte Nachforschungen an und meldete die Angelegenheit seiner vorgesetzten Behörde. Merkwürdigerweise wurde der Fall damals nicht weiter verfolgt. Erst jetzt hat die Staatsanwaltschaft den wahren Sachverhalt festgestellt und Haftbefehl gegen Jean Sklarz erlassen. Inwieweit noch andere Personen in dieses „Geschäft" verwickelt sind, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Enteignung von Deputatvieh

Die scharfen Eingriffe in den Viehbestand zur Beschaffung von Schlachtvieh bekommen nunmehr auch die landwirtschaftlichen Arbeiter zu verspüren. Im Kreisblatt des Kreises Rummelsburg vom 12. März 1920 (Nr. 21) veröffentlicht der Landrat folgende amtliche Bekanntmachung:

„Das Schlachtvieh, welches der Kreis Rummelsburg aufzubringen hat, ist nicht nur von denjenigen Tierbesitzern, welche 3 und mehr Rinder besitzen, aufzubringen, sondern es haben diejenigen Wirtschaften, in welchen nur 1 oder 2 Kühe gehalten werden, verhältnismäßig dazu beitragen. Wenn z. B. in einem Gutsbezirk im ganzen 200 Rinder vorhanden sind, von denen 50 den Tagelöhnern gehören und dieser Bezirk soll 80 Zentner Schlachtvieh liefern, so haben davon 20 Zentner die Tagelöhner zu liefern. Die Herren Schlachtviehaufkäufer des Kreises veranlasse ich hierdurch, auch die Wirtschaften der Tierhalter mit 1 und 2 Rindern, also auch diejenigen, der herrschaftlichen Tagelöhner, nach Rücksprache mit dem betreffenden Gutsvorsteher daraufhin zu prüfen, welche Stücke von diesen angefordert werden können. Sodann ersuche ich, dafür Sorge zu tragen, daß diese Stücke zur Ablieferung gelangen. Gegebenenfalls ersuche ich, die Enteignung durch mich zu beantragen. Bei dieser Revision der Rinderbestände können die Gendarmen Hilfe leisten. Nötigenfalls ersuche ich, sich mit diesen in Verbindung zu setzen.

Rummelsburg, den 4. März 1920.

Der Landrat Dr. Breyer."

Der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands macht darauf aufmerksam, daß in der Landarbeiterschaft im allgemeinen heftiger Unwille und Verbitterung über die von der Reichsregierung noch immer aufrechterhaltenen Deputatauslieferungsbeschränkungen herrscht. Die den Landarbeitern drohende Enteignung ihres Deputatviehs ist die Ursache weiterer tiefgehender Erregung, weil ihnen dadurch die Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer Familienernährung zum größten Teil entzogen wird. Der Abg. Behrens (deutschnational) stellt in einer Anfrage in der Nationalversammlung die Frage:

Billigt die Reichsregierung diese Maßnahme, den Landarbeitern die Milchkuh zu enteignen?

Welche Maßnahmen hat die Reichsregierung angeordnet, um solche rigorose Schädigungen der Landarbeiter zu verhindern?

Bismarckfeiern in Friedrichsruh. An Bismarcks Grabe fanden am Geburtstage des Alt-Reichskanzlers auch in diesen schweren Tagen Gedächtnisfeiern statt. Der von der Deutschen Volkspartei veranstalteten wohnten bei die Frau Fürstin Bismarck und ihr Sohn Fürst Otto v. Bismarck, weiter Graf und Gräfin Kayserling und die Professoren Lenz und Frank. In der Rede warnte Hauptpastor D. Dr. Rode vorm Vergagen. Wie auch die Staatsform sich gestalten möge, auf Bismarck werde man sich immer wieder besinnen müssen. — Darauf erfolgte der Einzug in die Grufkapelle. Dr. Rode legte einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife nieder. Dann erschienen die Deutschnationalen, die Vertreter der Studentenschaft, des Deutschtums im Auslande des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes usw. Die Ansprache hielt Alfred Roth Hiccan schloß sich ein Besuch des Schlosses und des Sterbezimmers. — In Hamburg fanden noch große Feiern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei statt. Hier sprach Graf Westarp, der Bismarck als einen ganzen Sohn seines Volkes feierte. Heute kann es nur besser werden, wenn Gott dem deutschen Volke wieder einen großen Mann schenkt. Dazu solle man Gott vertrauen und beten und arbeiten. Man sang bewegt: „Deutschland, Deutschland über alles".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004071-19/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

△ **Weimar, 6. April.** (Was die organisierte Arbeiterschaft Weimars fordert.) Außerordentlich bemerkenswert für die bürgerlichen Parteien sind die Forderungen, welche die organisierte Arbeiterschaft Weimars in einer großen, zu diesem Zweck einberufenen Versammlung aufgestellt hat und die voraussichtlich zusammen oder einzeln über den Landtag an die Regierung gestellt werden. In erster Linie wird die Entlassung aller Berufsoffiziere gefordert, da sie es gewesen seien, welche die Hauptträger des Putsches gewesen und auf die Wiederherstellung der Monarchie hinstrebten. Abzuschaffen ist das gesamte Militär einschließlich der Einwohnerwehren und ähnlicher mit Waffen ausgerüsteter Formationen und durch eine Volkswehr zu ersetzen, die sich aus einer ständigen und nichtständigen Truppe zusammensetzt. Die Materie wird durch ein Gesetz im Einverständnis mit der organisierten Arbeiterschaft geregelt. Die Pensionen aller Offiziere sind aufzuheben, da letztere den Bestand der Republik beständig bedrohen; die Vorbereitungen hierzu hat die Regierung (Landtag) bei der Reichsregierung einzuleiten. Die durch den Generalstreik der Arbeiterschaft entgangenen Lohnausfälle sind durch den Staat zu ersetzen und zu diesem Zweck das bewegliche und unbewegliche Vermögen der am Putsch Beteiligten heranzuziehen bzw. zu enteignen. Die Putschisten sind zu harter, produktiver Zwangsarbeit heranzuziehen. Da nach Auffassung der Arbeiterschaft von der gegenwärtigen Rechtsprechung ein dahinzielendes Urteil nicht zu erwarten ist und das Vertrauen zu unserer Rechtspflege ohnedies stark im Schwinden begriffen ist, so wird die Errichtung von Volksgerichten gefordert. Bezüglich des ehemaligen Großherzogs wird die Enteignung alles Vermögens und Grundbesitzes im Lande, ohne daß man sich mit ihm weiter in eine rechtliche Auseinandersetzung einläßt, gefordert; da der Fürst der Mittelpunkt monarchischer Propaganda sein würde, so muß ihm der Aufenthalt im Lande versagt werden. Um die Arbeiterschaft mit ausreichenden Nahrungsmitteln versehen zu können, muß den Landwirten die Anbaufläche vorgeschrieben werden. Die Pachtverträge der Pfarrländereien gelöst werden und dürfen die Parzellen nur an Nichtlandbesitzer bzw. Landbedürftige abgegeben werden. Die Verwaltung ist durchweg zu demokratisieren und der Beamtenapparat durch Arbeiterräte zu überwachen. Gegenüber der Regierung, die sich von den Putschisten überraschen ließ, haben die Arbeiterräte die Rolle eines politischen Beobachtungspostens zu übernehmen. Schließlich wird eine scharfe Ueberwachung der rechtsstehenden politischen Presse sowie eine Amnestie für alle politischen Vergehen der letzten Zeit — natürlich ausschließlich der Hochverräter — gefordert.

—ö— **Eisenach, 6. April.** (Verkauf des Kurhauses.) Der Gemeinderat stimmte definitiv dem Verkauf des Eisenacher Kurbades für 500 000 M. an die Aktiengesellschaft „Karolinenquelle" zu. Gefordert waren 626 000 M. Die genannte Gesellschaft kaufte auch das bekannte Hotel „Fürstenhof", welches den Kurbadzwecken dienstbar gemacht werden soll. Der große Kongreßsaal, einer der schönsten und geräumigsten Säle Thüringens, wird nach wie vor auch weiterhin zur Abhaltung großer Kongresse usw. zur Verfügung gestellt werden.

+ **Gotha, 6. April.** (Doppelraubmord.) Ein Doppelraubmord wurde am ersten Ostertage in den Anlagen an einem Brautpaar verübt. Spaziergänger fanden die Leichen der durch Kopfschüsse Getöteten, welche vollständig mit Steinen bedeckt waren. Die Leichen waren ausgeplündert, sogar die Schuhe fehlten. Die Täter sind noch nicht ermittelt, dürften aber wohl unter den zahlreichen Verbrechern zu suchen sein, welche bei den letzten Unruhen aus den Gefängnissen befreit wurden.

Halle und Umgebung

Halle, 7. April.

Zeitfreiwillige und Bürgertum

Aus Halle geht dem Berliner „Reichsboten" folgende Zuschrift eines Zeitfreiwilligen zu, die leider nur zu berechtigte Klagen enthält. Wir geben sie in der Absicht wieder, dadurch wenigstens einem Teil des Bürgertums das Gewissen zu schärfen. Die Zuschrift lautet:

Als am 15. März in Halle a. d. S., dem Zentrum spartakistischer Agitation in Mitteldeutschland, die Unruhen ausbrachen, meldete ich mich gleich vielen anderen Studenten als Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr. Wenn in den oft schwierigen Kämpfen in Halle das Militär nicht wie in anderen Städten einfach an die Wand gedrückt wurde, sondern nach kurzer Zeit die Oberhand gewann, so ist dies nicht zum wenigsten der Hilfe der sog. Streifkompagnien, die zum weitaus größten Teil aus Akademikern bestanden, zu verdanken.

Trotzdem stieß man — es ist eine von uns allgemein gemachte Beobachtung — beim Bürgertum auf einen geradezu erstaunlichen Mangel an Verständnis. Da wir alle in Musketenstiefeln und Feldmütze, ohne Unterschied unserer früheren Dienstgrade, umherliefen, so konnten wir in viel höherem Maße mit allen Kreisen der Bevölkerung Fühlung nehmen, als es einem in der Offiziersuniform möglich ist. Daß wir von der Linken als „Kapphengste, jugendliche Heldenknaben" usw. mit Kot beworfen wurden, daß in jeder Weise gegen uns gehetzt wurde, braucht eigentlich nicht erwähnt zu werden; es wäre zu verwundern, wenn es nicht so gewesen wäre. Aber daß der Bürger, dessen Haus wir schützten, unserm Tun nicht gerecht wurde, das ist ein trauriges Zeichen für die Interessenlosigkeit, die noch in weiten Kreisen unseres Volkes herrscht, selbst da, wo das Gespenst des Bolschewismus greifbare, scharf umrissene Formen anzunehmen droht. Uns war es nicht um den Dank der Stadt Halle zu tun oder um anerkennende Schreiben des Magistrats, uns bestimmte allein der Gedanke, daß das Vaterland uns brauchte; aber es tut einem in der Seele weh, wenn man auf Schritt und Tritt auf Gleichgültigkeit stößt bei denen, für die man sein Leben eingesetzt hat.

Darf man sich wundern, wenn mancher die Flinte ins Korn wirft: „Macht euren Kram nächstens selber!" Wann wird das deutsche Volk endlich erkennen, um was es sich handelt? Geht es uns immer noch nicht schlecht genug? Oder sieht es der Bürger als selbstverständlich an, daß wir Studenten, die wir zum großen Teile im Felde Offiziere gewesen sind, einen erheblichen Teil dieses ohnehin schon viel zu kurzen Semesters darauf verwenden, in einer wildfremden Stadt mit Gewehr und Handgranate in der Hand Leben und Eigentum der Bürger zu schützen, Tag und Nacht die Leiden eines Bürgerkrieges auf uns zu nehmen, wo es uns doch frei stand, die ungastliche Stadt zu verlassen? Gewiß, es ist von jeher der Ruhm der akademischen Jugend gewesen, daß bei ihr der Idealismus eine Stätte fand, aber warum macht man es uns so schwer, diesen Idealismus zu bewahren, den wir aus der großen Zeit mit hinüberretten möchten in die Zukunft?

Einen bestimmten Fall möchte ich erzählen: Auf unseren nächtlichen Patrouillen hatten wir einige Stunden Ruhe in einem Hause an der Grenze der Stadt. Der Hausbesitzer, ein Ingenieur, erschien selbst und wies uns, 15 Mann, in seiner Küche im Erdgeschoß unsere Unterkunft an, aber eine nebenan gelegene Kammer, ein halb leerstehendes Lokal, wollte er uns nicht einräumen, „es möchte sonst der Rauch von Ihren Zigaretten hineinschlagen". Wegen des Versagens der Wasserleitung hatte er sich in diesem Lokal einige Kübel mit Wasser gehamstert, das auf keinen Fall mit Tabakqualm in Berührung kommen durfte. Wie nimmt sich daneben die Begeisterung aus, mit der das deutsche Volk 1914 seine Krieger beherbergte! Jetzt waren wir gut genug, mit der Waffe in der Hand Ruhe und Ordnung zu schaffen und den friedlichen Bürger zu schützen, aber er selbst wollte nichts damit zu tun haben! In diesem einen bezeichnenden Falle trat uns die Karikatur des Spießbürgers deutlich vor Augen. Wann wird sich unser Volk endlich klar werden über die Größe der Gefahr, in der es schwebt? Wann wird es sich aufraffen aus dem Schlaf seiner Gleichgültigkeit, und wann werden alle Kreise den Mut finden, offen Stellung zu nehmen in dem Kampfe um unsere Existenz und die Sicherung unserer Zukunft?

Ein Zeitfreiwilliger.

Weitere Milderung der Gassperre

Mit Wirkung von Donnerstag, den 8. April, werden bis auf weiteres die Gasabgabezeiten anderweit wie folgt festgesetzt:

vormittags 5—8 Uhr,
mittags 11—3 „
abends 6—11 „ (Sonnabends von 6—12 Uhr).

Außerhalb dieser Zeiten darf dem Rohrnetz Gas nicht entnommen werden.

Halle, den 6. April 1920. Der Magistrat.

— **Straßenbahnfahrkarten für Kriegsbeschädigte.** Auf Grund einer Neuregelung müssen sich die Kriegsbeschädigten, die 50 Proz. und mehr erwerbsunfähig sind, im Büro der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, Neue Promenade 3, unter Vorlage ihres Rentenbescheides oder Militärpasses oder sonst einer Unterlage, aus der die Erwerbsbeschränkung hervorgeht, zur Aufnahme melden. Die Eintragung in diese neue Liste erfolgt alltäglich bis einschl. 12. April wochentags in den Nachmittagsstunden von 3—6 Uhr. Zu einer anderen Zeit werden Anmeldungen nicht entgegengenommen. Die Kriegsbeschädigten wollen sich außerdem bis zum 15. April ein Lichtbild beschaffen, welches bei der Ausgabe der Karten in die Fahrkarten eingeklebt wird. Die in den Händen der Kriegsbeschädigten befindlichen Straßenbahn-Freifahrkarten behalten bis zur Ausgabe der neuen Karten ihre Gültigkeit, vorläufig bis zum 15. April.

Familien-Nachrichten

Geburten: Hans Heun (Tochter).

Verlobungen: Martha Kanitzsch und Max Johannsen. — Lieschen Schüler und Kurt Herrmann. — Helene Böttcher und Karl Angermann, Döllnitz. — Helene Burgmann und Karl Ludwig. — Gertrud Grosse und Wilhelm Pitzschke.

Vermählungen: Werner Zobel und Kitty Adami. — Heinrich Wachsmuth und Lydia Lilie, Ammendorf.

Todesfälle: Am 5. April Kaufmann Kurt Müller im 35. Lebensjahr. — Am 5. April Marie Schilling geb. Ising im 72. Lebensjahr. — Am 6. April Hanna Britting geb. Veit. — Am 3. April Emmy Eberwein geb. Gebler im 37. Lebensjahr. — Am 4. April Lina Teichmann im 80. Lebensjahr. — Am 23. März Else Montan im 31. Lebensjahr.

„H. Z." Sportberichte

Die Kämpfe um die Mitteldeutsche Meisterschaft

Am Karfreitag und am 1. Feiertag wurden die Spiele um die Verbandsmeisterschaft fortgesetzt. In Plauen schlug Konkordia den Dresdener Meister Sportverein 06 überraschend mit 5:2 (2:1) und brachte diesem die erste Niederlage bei und in Magdeburg mußte sich der dortige Meister S. C. 1900 ebenfalls zum ersten Male geschlagen bekennen, da der Thüringer Meister Sportklub Erfurt mit 1:0 siegreich blieb. Die Erfurter sind die einzige Mannschaft, die noch keine Punkte verloren hat und zurzeit an der Spitze der Tabelle marschiert. Sie hat allerdings ihre schwersten Spiele gegen V. f. B.-Leipzig und Wacker-Halle noch vor sich. Der Stand der Spiele ist folgender:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Torverh.	Punkte
Sportklub Erfurt	2	2	0	0	5:2	4
V. f. B. Leipzig	2	0	2	0	1:1	2
Conkordia Plauen	2	1	0	1	7:6	2
S. C. 1900 Magdeburg	2	1	0	1	1:1	2
Wacker Halle	2	0	1	1	0:1	1
Sportver. 06 Dresden	2	0	1	1	3:6	1

Volkswirtschaft

In letzter Stunde

N. G. C. Im Hinblick auf die Entscheidung, die in den bald nach Ostern zu Paris stattfindenden Verhandlungen über die Ablieferung des Restes der deutschen Handelsflotte gefällt werden soll, dürften die nachstehenden Ausführungen von größter Bedeutung sein. Sie beruhen auf unanfechtbaren wirtschaftlichen Unterlagen. Es handelt sich jetzt um Sein oder Nichtsein der deutschen Volkswirtschaft.

Im Frieden von Versailles hatten wir die Verpflichtung eingehen müssen, bis zum 10. März den Rest unserer Schiffe über 1600 Tonnen abzuliefern, sowie ferner die Hälfte der Fahrzeuge mit einem Frachtraum zwischen 1000 und 1600 Tonnen. Wenn wir diese schweren Bedingungen erfüllten, so würden uns von dem gesamten Frachtraum der deutschen Handelsflotte, der 5,24 Millionen Bruttoregistertonnen gegen Ende des Jahres 1913 betrug, nur annähernd ½ Million Bruttoregistertonnen verbleiben, und diese in Schiffen, die sich zumeist nur für Fahrten bis Spanien eignen. An dem Beispiel der Erzzufuhr von Uebersee sei hier kurz klar gemacht, welche geringe Bedeutung dieser klägliche Rest unserer einst so stolzen Handelsflotte für das deutsche Wirtschaftsleben hat. Im Jahre 1913 belief sich unser gesamter Erzimport auf etwa 12 Millionen Tonnen, darunter 8,6 Millionen Tonnen Eisenerze aus Schweden, Algier und Spanien. Nach dem Wegfall der lothringisch-luxemburgischen Erzgebiete aus dem deutschen Zollverbande ist der Umfang unserer Eisenindustrie naturgemäß ein wesentlich geringerer. Nimmt man den Bedarf an Erzzufuhr aus dem nahen Schweden nur in Höhe von 3 Millionen Tonnen jährlich an, so würden dafür allein 300 000 Bruttoregistertonnen erforderlich sein. Wie soll der Frachtverkehr mit so kleinen Transportmitteln bewältigt werden? Wie werden in Zukunft 55 oder 60 Millionen Deutsche ihr Leben fristen können ohne Seeschiffahrt? Darum muß die Regierung noch in letzter Stunde alles daran setzen, uns vor der Hergabe des letzten kläglichen Restes unserer Handelsflotte zu bewahren. Sie ist dies dem Volke einfach schuldig, will anders sie nicht selber dessen völligen Zusammenbruch geschehen lassen und verantworten. Unsere Unterhändler in Paris dürfen über den furchtbaren Ernst der Lage nicht den leisesten Zweifel walten lassen — es ist die letzte Stunde! Möge sie die geeigneten Männer finden!

Aktiengesellschaften

Bankverein Artern. Es wird eine Dividende von 9 Proz. (9) vorgeschlagen.

Die Anhalt-Dessauische Landesbank errichtet in Mühlberg an der Elbe eine selbständige Zweigniederlassung.

Aus dem Lignosekonzern. Der Lignosekonzern Berlin kaufte die Seifenfabrik Mühlenbein u. Nagel in Zerbst, um dort neben Seifen Glyzerin zu erzeugen und später einer chemischen Fabrik anzugliedern.

Lindener Brauerei in Hannover. Die Gesellschaft erwarb die Aktienmehrheit der Eisleber Aktienbrauerei vormals Wilh. Beinert.

*

Erhöhung der Elbefrachten. Die Elbefrachten haben eine Erhöhung erfahren, bedingt durch die hohen Kohlenpreise und die sonstigen Betriebskostensteigerungen. Die Erhöhung beträgt etwa 25 bis 30 Prozent.

Handels-Schrifttum

Die Zwangswirtschaft und die Durchführung der beschränkten Ablieferungspflicht (System Roesicke) im General-Gouvernement Belgien während der deutschen Besetzung. Von Dr. Rademacher, Merseburg. Verlag P. Parey-Berlin. Preis 1,20 und Teuerungszuschlag. Der Verfasser bringt die mit der Zwangswirtschaft in Belgien gemachten Erfahrungen durch drei Leitsätze zum Ausdruck: Den Preis regelt Angebot und Nachfrage. Zwang verringert die Produktion. Der Staat ist kein Händler. Das Versagen der Zwangswirtschaft in Belgien führte zur Einführung der beschränkten Ablieferungspflicht, dessen vollständige Erprobung und voraussichtliche Bewährung durch den Zusammenbruch 1918 verhindert wurde. Vielleicht ist auf dem Wege über diese beschränkte Ablieferungspflicht eine Befreiung unserer Landwirtschaft von der Zwangswirtschaft möglich.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Besetzung Frankfurts und Darmstadts übte auf die Kursbewegung an der Börse zunächst keinen Einfluß aus, da man der Meinung war, daß dieser Gewaltakt, da er anscheinend nicht im Einverständnis mit den anderen Regierungen erfolgte, nur eine Episode bleiben werde. Für diese Auffassung bot auch die Preisbewegung ausländischer Zahlungsmittel einen Rückhalt. Diese waren weiter angeboten und rückgängig, zumal aus Holland in Bankkreisen höhere Markkurse von heute vorlagen. Die Kurse stiegen auf der ganzen Linie kräftig weiter, und man verwies auf das infolge der andauernden Vermehrung der Zahlungsmittel im Ueberfluß vorhandene und Anleihe suchende Kapital. Ausgesprochen feste Haltung zeigten auch deutsche Rentenwerte, vornehmlich preußische Konsols, und Schatzanweisungen. Sprunghaft setzten ihre Kurssteigerungen Paketfahrt und im Anschluß daran Lloyd, sowie in mäßigem Umfange die anderen Schiffahrtswerte fort. Mit Ausnahme von Phönix wurden auch alle Montanwerte und besonders oberschlesische um 10 bis 20 Prozent höher bewertet. Recht fest lagen auch Farbwerte und elektrische Aktien bei teilweise kräftigen Kursbesserungen. Beträchtlich stiegen auch Kali- und von Petroleumaktien Deutsche Erdöl und Deutsche Petroleum. Von Valutapapieren waren Mexikaner schwächer, dagegen Schantung etwa 30 Prozent höher. Das anfangs lebhaftere Geschäft wurde später stiller. Die Kurse stiegen aber besonders am Montanmarkt weiter. Oesterreichische und ungarische Renten waren wenig verändert. Mexikaner gaben nach mit Ausnahme der Bewässerungsanleihe.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt war die Unternehmungslust sehr gering. Lokoware war in kleineren Posten etwas mehr gefragt. In Hülsenfrüchten sind die Käufer sehr zurückhaltend, und das Geschäft ist noch nicht wieder in Fluß gekommen. Dasselbe gilt für Peluschken, Ackerbohnen, Wicken und Lupinen. Heu und Stroh waren billiger zu kaufen. Wetter: Regen.

Devisen-Notierungen.

Berlin, 6. April.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	2497½	2502½	New-York	66,90	67,10
Brüssel-Antwerp.	489½	490½	Paris	454½	455½
Christiania	1323½	1326½	Schweiz	1198½	1201½
Kopenhagen	1273½	1276½	Spanien	1168¼	1171¼
Stockholm	1488½	1491½	Wien (altes)	15,97	26,0[illegible]
Helsingfors	379,60	380,40	Oesterreich abgest.	31,96	32,04
Italien	329,65	330,35	Prag	91,90	92,10
London	269,70	270,30	Budapest	—,—	—,—

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI–IX	76,10
5% Deutsche Reichsanl.	79,75
4 " "	76,40
3½ " "	69,75
3 " "	76,25
4 Preuss. Konsols	77,40
3½ " "	65,90
3 " "	63,10
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	101,75
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	101,80
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	104,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—
4 " "	—,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	35,50
4 Ungar. Gold-Rente	72,25
4 Ungar. Kronen-Rente	40,80
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	—,—
Halle-Hettstedter	92,—
Schantungbahn	665,—
Allg. Lokal-Str.	—,—
Gr. Berl. Str.	141,25
Magdeburger Str.-B.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	700—
Orientbahn	323,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	227 50
Hambg.-Südamerika	288,—
Hansa-Dampfschiff	389,75
Nordd. Lloyd	198 50
Banken:	
Bank für Thür.	160,—
Berl. Handelsges.	210,—
Comm u. Diskontobank	178,—
Darmstädter Bank	142,—
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	317,50
Diskonto-Comm.	226,—
Dresdner Bank	188,75
Credit-Anst. Leipzig	179,50
Mitteld. Kreditbank	147,—
" Privat-Bank	164,50
Nationalbank	143,—
Oesterr. Kredit	125,—
Reichsbank	154,[illegible]
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	—,—
Akt. f. Anilin	395,—
Allgem. Elektr.-Ges.	415,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	310,—
Annaberger Steingut	362,—
Badische Anilin	569 50
Bergmann-Elekt.-Akt.	280,—
Berl. Masch.-Bau	385,—
Bismarckhütte	455,—
Bochumer Gußstahl	389 —
Chem. Fabrik Buckau	150,—
Chem. Griesheim	330,50
Chem. v. Heyden	470,—
Consolidation Schalke	495,—
Cröllwitzer Papierfabr.	382,50
Daimler-Motoren	349,—
Deutsch-Luxemburg	364,—

Deutsche Uebersee-El.	1400
Deutsche Erdöl	889,—
Deutsche Gasglühl.	5200
Deutsche Kali	500,—
Deutsche Waff. u. Mun.	460,—
Donnersmarkhütte	405,—
Döring u. Lehrmann	170,—
Dürkoppwerke	—,—
Elberfelder Farben	450,—
Engelhard Brauerei	282,—
Felten u. Guilleaume	543,—
Gasmotoren Deutz	249,—
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	325,—
Gelsenkirch. Bergb.	362,—
Glanziger Zuckerfbr.	503,—
Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
Hann. Masch.	432,—
Harpener Berg	384,—
Hasper Eisen	410,—
Hirsch Kupfer	363 —
Höchster Farbw.	415,—
Hoesch Eisen u. Stahl	425,—
Hohenlohe-Werke	250,—
Humboldt-Masch.	240,—
Ilse-Bergbau	—,—
Kahla-Porzellan	663,—
Kaliw. Aschersleben	491,—
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	270,—
Lahmeyer u. Co.	239,—
Lauchhammer	350,—
Laurahütte	338,—
Lingel. Erfurt	359,—
Linke u. Hofmann	530,—
Ludwig Loewe u. Co.	435,—
Lothringer Hütte	353,—
Mannesmannröhren	473,—
Maschinenfabr. Buckau	271,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	259,—
do. Caro Heg.	311,—
do. Kokswerke	—,—
Orenstein u. Koppel	367,—
Phönix-Bergb.	525,—
Rhein. Metall-Vorz.	310,—
Rhein. Stahlwaren	408,—
Riebeck. Montan	350,—
Rombacher Hütten	—,—
Rositzer Braunk.	360 —
Rositzer Zucker	270,—
Sangerhäuser Masch.	—,—
Hugo Schneider u. Co	330,—
Schuckert u. Co.	230,—
Siemens u. Halske	370,—
Stettiner Chamotte	331,—
Stettiner Vulkan	360,—
Stollberger Zinkh.	383,—
Strals. Spielkarten	—,—
„Terra", Samen-A.-G.	300,—
Thale-Eisenhütte	—,—
Triptis-Akt.-Ges.	300,—
Türkische Tabakregie	1200
Ver. Köln-Rottweiler	392,25
Glanzstoff Elberf.	1405
Wegelin u. Hübner	205,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	305,—
Wittener Gußstahl	870,—
Wrede-Mälzerei	155,—
Zeitzer Masch.	492,—
Zellstoff Waldhof	339
Otavi-Minen	1270

Tendenz fest

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Sellheim.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192004071-19/fragment/page=0004